Deutscher Bundestag
7. Wahlperiode

Drucksache 7/5004

08. 04. 76

Sachgebiet 2030

Entschließungsantrag

der CDU/CSU-Fraktion

zur dritten Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes über die Personalstruktur des Bundesgrenzschutzes – Drucksache 7/3494, 7/4534 –

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag begrüßt es, daß entsprechend seiner Entschließung vom 22. Juni 1972 und in Übereinstimmung mit dem Programm für die Innere Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland der Ständigen Konferenz der Innenminister/-senatoren des Bundes und der Länder sowie auf der Grundlage einer Vereinbarung zwischen Bund und Ländern über den Übergang von Angehörigen des Bundesgrenzschutzes in die Länderpolizeien die Laufbahnen der Polizeivollzugsbeamten im Bundesgrenzschutz denen der Länder angepaßt werden können.

2. Die Bundesregierung wird aufgefordert,

   — die Höchstfrist zur Einführung der Besoldungsverbesserungen für Polizeivollzugsbeamte des Bundesgrenzschutzes nach der Anlage zu Artikel 2 § 2 Abs. 1 des Gesetzes über die Personalstruktur des Bundesgrenzschutzes so weit wie möglich abzukürzen;

   — durch die von ihr zu erlassende Ausbildungsordnung und sonstige geeignete Maßnahmen sicherzustellen, daß mindestens die derzeitige Verbandsstärke des einsatzbereiten Personals und die Verbandsorganisation des Bundesgrenzschutzes im Grenzbereich zur DDR und zur CSSR in vollem Umfang erhalten bleiben;

   — sicherzustellen, daß der Bundesgrenzschutz jederzeit zur Erfüllung seiner ersten Aufgabe – des grenzpolizeilichen Schutzes des Bundesgebietes – uneingeschränkt mit allem dazu erforderlichen und geeigneten Material ausgerüstet ist.

Bonn, den 8. April 1976

Carstens, Stücklen und Fraktion

Druck: Thenée Druck KG, 53 Bonn, Tel.: (02221) 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 53 Bonn-Bad Godesberg 1,
Postfach 821, Goethestr. 56, Tel. (02221) 36 35 51